

„7. Kinetiktagung“ der Sektion Chemie

(UZ-Korr.) Die Sektion Chemie der KMU veranstaltet vom 24. bis 26. Januar in Reinhardshausen (Thüringen) die „7. Arbeitstagung über chemische Reaktionskinetik“ mit internationaler Beteiligung.

Gegenüber früheren Tagungen wuchs die Zahl der Plenar- und Kurzvorträge auf 92. Darin kommt die wachsende Aktualität der chemischen Kinetik als integrierende Disziplin der Chemie zum Ausdruck.

Das Tagungsprogramm enthält Beiträge aus unterschiedlichen Teilgebieten der Kinetik (Elementarreaktionen, komplexe Reaktionen, photo- und biochemische Kinetik, Oberflächenprozesse, Katalyse und Polymerisation), die unter methodischen, praktischen und theoretischen Gesichtspunkten behandelt werden.

Auch in diesem Jahr bietet die Tagung den Fachkollegen aus den Hochschul- und Akademievereinen sowie der chemischen Industrie breiten Raum zum wissenschaftlichen Meinungsaustausch über die Nutzung neuerer analytischer Erkenntnisse.

Neben 120 Wissenschaftlern aus unserer Republik nehmen auch führende Vertreter der kinetischen Forschung aus der UdSSR, Ungarn, Polen, der BRD, Österreich, Frankreich und Belgien (West) teil.

Gastprofessur an der KMU für Wissenschaftler aus der UdSSR



(UZ-Korr.) Prof. Dr. Igor Nikolajewitsch Marov, Sektorenleiter im Institut für Geochemie und Analytische Chemie der AdW der UdSSR, dem bekannten Vernadski-Institut, hatte von Oktober bis Dezember 1983 den „Ostwald-Lehrstuhl“ für prominente Gastprofessoren an der Sektion Chemie inne.

In dieser Zeit hielt er Vorlesungen und Seminare vor Diplomanden, Forschungsstudenten und Fachkollegen über neue Ergebnisse der Anwendung der Elektronenspin-Resonanz in der Chemie und bearbeitete mit der Forschungsgruppe Koordinationschemie im Wissenschaftsbereich Anorganische Chemie aktuelle Fragen der Chemie von Sondermetallen.

Der Arbeitsaufenthalt wurde auch genutzt, um die in den Jahren 1984/85 gemäß multilateralem Abkommen zu lösenden Aufgaben zu präzisieren.

Zum 60. Todestag von W. I. Lenin



Vergleich zum lettischen die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ und umfangreiche „Allgemeine Grundlagen“. Dagegen wurde dem Staatsmechanismus weniger Aufmerksamkeit gewidmet und das Wahlsystem gar nicht reglementiert.

Diese Verfassung erhielt am 14. März 1919 auch die Sowjet-ukraine. Schöpferisch wurde an die Ausarbeitung „Allgemeiner Grundlagen“, des Abschnittes über die Machtorgane und die Deklaration der Rechte und Pflichten der Bürger herangegangen.

Sowjetland dagegen gelang es auf Grund der Umstände nicht, seine eigene Verfassung zu schaffen. Als allgemeine Richtschnur für die Zeit des Bürgerkrieges diente hier das Dokument „Ursprünglicher Aufbau der Regierungseinrichtungen der Eritischen Arbeitskommune“ vom 9. Mai 1919.

In den Jahren 1920-1921 wurde die Sowjetmacht auch in Transkaukasien errichtet. Als erste bestätigte hier die Aserbaidschanische SSR im Mai 1921 ihre Verfassung. Sie war der russischen sehr ähnlich, enthielt aber die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ nicht. Fast gleichzeitig nahmen dann auch die Armenische (4. Februar 1922) und die Grusinische SSR (2. März 1922) ihre Verfassung an. Im gleichen Jahr vereinigte sich Aserbaidschan, Armenien und Grusien zur Transkaukasischen SSR, die im Dezember 1922 eine spezielle Verfassung erhielt. Dieses Gesetz war die Verfassung des ersten Unionsstaates. Sie fixierte hauptsächlich den Aufbau der obersten Staatsorgane und ihr Wechselverhältnis mit den Organen der Föderation.

Die Russische Sowjetrepublik war als erster sozialistischer Staat auf dem Territorium der heutigen UdSSR entstanden. Kurz nach ihrer Geburt schon bildeten sich auf den Ruinen des Russischen Imperiums weitere junge Sowjetrepubliken. Jede von ihnen erhielt ihre eigene Verfassung, für die das Grundgesetz der RSFSR Vorbild war, aber nicht im Sinne „einer Schablonisierung einer mechanischen Gleichsetzung...“ (1), oder Kopierung der ersten Verfassung.

„Solange nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern bestehen“ - schrieb W. I. Lenin -, „diese Unterschiede werden sich aber nicht sehr lange nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten“, erfordert die Einheitlichkeit der internationalen Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung aller Länder nicht

Der Wettbewerbsbeschuß und seine Verwirklichung Internationale Kooperation führte zu Spitzenleistung

UZ sprach mit Gen. Doz. Dr. sc. Bodo Geyer, Sektion Physik, über ein Forschungsprojekt

(UZ) Während des Wettbewerbes im Karl-Marx-Jahr gab es an der Sektion Physik viele beachtenswerte Arbeitsergebnisse. Eines davon ist die wissenschaftliche Spitzenleistung „Anwendung der Lichtkegelentwicklung auf die Nichtverwärts-Strahlung“ des WB Quantenfeldtheorie, die am 30. November 1983 erfolgreich verteidigt wurde. Diese wichtige theoretische Leistung ist im Zeitraum vom 1. Januar 1981 bis 31. Oktober 1983 vorgebracht worden, wobei zwischenjährlich stattfindenden Symposien in Ahrensburg verteidigt wurden.

Während andere Höchstleistungen der Sektion Physik durch ihre enge Verbindung zur Praxis ausgezeichnet sind, ist die vorgestellte ein Beispiel für solche, die Beiträge zur Grundlagenforschung liefern. Ihr Zustandekommen - 12 wissenschaftliche Veröffentlichungen gingen voraus - ist charakteristisch für die Arbeitsweise der Physiker: Es war zum einen nur möglich durch eine internationale Gemeinschaftsarbeit, zum anderen durch eine enge Zusammenarbeit von erfahrenen Wissenschaftlern und begabten Studenten sowie jungen Wissenschaftlern, die frühzeitig gefördert und gefördert wurden.

Die internationale Zusammenarbeit ist ausgewiesen durch die Beteiligten an der Gemeinschaftsarbeit: Neben sechs Physikern der

KMU (Prof. Dr. D. Robaschik, Doz. Dr. B. Geyer, Dr. M. Bording, Dipl.-Phys. Th. Braunschweig, Dr. F. Dittus, Dipl.-Phys. L. Kaschlöh) haben Prof. V. A. Matveev vom Institut für Kernforschung in Moskau, Dr. J. Horvath von der Karls-Universität Prag und ebenfalls vom Vereinigten Institut für Kernforschung (VIK) in Dubna sowie Dr. G. Petrov vom Institut für Kernphysik Sofia und vom VIK Dubna an dem Projekt mitgearbeitet.

Entscheidend war, daß alle sechs Wissenschaftler der KMU entweder für Jahre, wie Prof. Robaschik, oder für einige Monate im VIK Dubna gearbeitet hatten; denn, so betonte Doz. Dr. Geyer, große Fortschritte in der Wissenschaft sind heute nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit durch eine Konzentration des wissenschaftlichen Potentials, möglich.

Aber nicht nur mit dem VIK Dubna wurde zusammengearbeitet. Der WB Quantenfeldtheorie hat ebenso mit der Technischen Universität Prag und dem Institut für Kernforschung der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia vertragliche Beziehungen, und auch in Erfüllung dieser Verträge ist die Spitzenleistung zustande gekommen.

Besonders erfreulich ist, daß dabei vier Nachwuchswissenschaftler der KMU ihr Wissen und Können beweisen konnten.

DSF-Kreisvorstand organisierte Konzert

Anläßlich des 66. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte der Kreisvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Karl-Marx-Universität ein Konzert im Festsaal des Alten Rathauses organisiert.

Diese Konzerte - von unserer Freundschaftsgesellschaft veranstaltet - sind seit Jahren zu einem festen Bestandteil unserer kulturellen Massarbeit geworden und fanden immer bei den Besuchern großen Anklang. Darüber hinaus erhöhen diese Veranstaltungen die Attraktivität unserer DSF-Arbeit und geben den Grundorganisationen Gelegenheit, bewährten DSF-Funktionären und besonders aktiven Mitgliedern die Einladung als eine Form der Anerkennung zu überreichen.

Das Konzert wurde vom Kammerorchester der Leipziger Theater unter Leitung von Konzertmeister Leonhard Coernstki und von der Sopranistin des Leipziger Opernhauses Ludmilla Pistorius aus der UdSSR in hervorragender Weise gestaltet. Im Mittelpunkt des Programms standen Werke des russischen klassischen Erbes neben Kompositionen von Mozart und Vivaldi.

Der stellvertretende Vorsitzende der DSF-Kreisorganisation, Prof. Dr. Otto, begrüßte zu Beginn des Konzerts Künstler und Besucher herzlich und nahm die Gelegenheit wahr, noch einmal grundsätzlich auf das Anliegen und die Bedeutung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation hinzuweisen.

Dr. GLANDER, Mitglied des DSF-Kreisvorstandes KMU

Mit der guten Bilanz des Karl-Marx-Jahres 1983 zur URANIA-Wahl Großes wissenschaftliches Potential unserer Universität zum Tragen bringen

Interview mit Prof. Dr. sc. M. Premßler, Vorsitzender der Leitung der URANIA-Mitgliedergruppe an der KMU

UZ: Am 25. Januar findet die Wahlversammlung der URANIA-Mitgliedergruppe statt. Worin besteht ihr wichtigstes Anliegen?

Prof. Premßler: Die Mitglieder und Referenten der URANIA sind aufgerufen, mit interessantem, neuartigen und breit gefächerten Beiträgen dazu beizutragen, daß sich die Werktätigen die geistigen Güter der sozialistischen Gesellschaft aneignen und ihre schöpferischen Fähigkeiten voll entfalten können - zum Nutzen des Volkes und jedes einzelnen. Dies noch gezielter zu tun, das Spektrum der marxistisch-leninistischen Weltanschauung in seiner ganzen Breite zu propagieren, tiefere Einsichten in die allgemeinen Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denkens zu vermitteln und damit den Einfluß der populärwissenschaftlichen Arbeit auf die Herausbildung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen zu erhöhen - darin sehe ich das wichtigste Anliegen der gesamten Wahlbewegung.

UZ: Setzt sich die Mitgliedergruppe dafür Schwerpunkte?

Prof. Premßler: Ja. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir der überzeugenden Darstellung der Einheit von Sozialismus und Frieden und der Aufdeckung der gesellschaftlichen Hintergründe für die Konfrontations- und Hochrüstungs-politik der USA und der NATO widmen. Es geht weiterhin darum, die Errungenschaften, Vorzüge und Werte des Sozialismus in unserem Lande zu propagieren, eine besonders wichtige und übergreifende Aufgabe weltanschaulicher Bildung auch im Hinblick auf den 35. Jahrestag der DDR.

Drittens haben wir die Konsequente Fortsetzung des Kurses der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu rücken und dabei besonders auf den

Einfluß hinzuweisen, der von Wissenschaft und Technik auf den volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg ausgehen muß.

Schließlich gilt es überzeugend nachzuweisen, wie in unserem Lande mit der weiteren Gestaltung des Sozialismus Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verwirklicht werden, d. h., es sind jene Fragen stärker zu behandeln, die mit

der Selbstverwirklichung des Menschen im realen Sozialismus zusammenhängen. All das bedarf höherer Anstrengungen der Mitgliedergruppe wie jedes einzelnen Referenten, da hier die Wissenschaft als Ganzes gefordert ist und durchweg alle an unserer Universität vertretenen Wissenschaftsdisziplinen einbezogen werden müssen.

Wenn hier aber von Schwerpunkten die Rede ist, heißt das nicht, daß wir den vielen Bildungsbedürfnissen unserer Menschen keine Bedeutung beimessen würden. Im Gegenteil: Wir wollen noch mehr das große wissenschaftliche Potential unserer Universität in seiner Gesamtheit zum Tragen bringen.

UZ: Auf der Wahlversammlung wird die Leitung Bilanz ziehen. Wo fällt sie aus?

Prof. Premßler: Gut. Wenn ich mich nur auf das abgelaufene Karl-Marx-Jahr beziehe, so wurden von KMU-Angehörigen etwa 2500 Vorträge gehalten, davon etwa 520 unmittelbar zu „Karl-Marx-Themen“ auf der Grundlage eines Sonderprogramms der Mitgliedergruppe.

Mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen im Vortragszentrum des URANIA-Bezirksvorstandes wurden von unseren Wissenschaftlern bestritten. Ich erinnere an die „Sonntags-Vorlesungen“ und an die „Medizinischen Sonntage“, es gibt Veranstaltungsreihen im eigenen Hause und in den ZV- und MA-Lagern. Dabei haben sich unsere Referenten in hervorragender Weise bewährt. Schließlich qualifizierten wir auch 1983 im Rahmen der „Schule junger Propagandisten“ Assistenten und Forschungsstudenten für die populärwissenschaftliche Arbeit.

Natürlich ist manches noch zu verbessern. Ich denke dabei vor allem an eine Stabilisierung des Erreichten und an eine höhere Qualität. Beides wird nur dann zu realisieren sein, wenn die Verantwortlichkeit der Parteileitungen und der städtischen Leiter auf der Ebene der Sektionen und Institute für den politischen Auftrag der URANIA wächst, der Kreis der Referenten erweitert und ihrem zweckmäßigen Einsatz und ihrer spezifischen Qualifizierung größere Aufmerksamkeit gewidmet wird und wenn wir stärker die Veranstaltung bestreiten können.

Ein neues Sonderthemenangebot, das wir nunmehr aus Anlaß des 35. Jahrestages der DDR noch in diesem Monat erarbeiten und das unser Gesamtthemenangebot sinnvoll ergänzt, wird dies alles zu berücksichtigen haben.

Die Uni-Buchhandlung informiert

Wäger, Kurt: **„Eigenschaften unserer Epoche - Triebkräfte und Werte des Sozialismus“**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

Wäger, Kurt: **„Die DDR und Japan“**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

Wäger, Kurt: **„Die DDR und die internationale Politik und Wirtschaft“**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

Wäger, Kurt: **„Die DDR und die internationale Politik und Wirtschaft“**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

Promotionen

Promotion A: **Thema TAS**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

Promotion B: **Thema TAS**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

Promotion C: **Thema TAS**. 120 S., Broschur, 1,00 Mark.

UZ

Redaktionskollegium: Dr. Wolfgang Leifert (verantwortl. Redakteur); Gudrun Schaub (stell. verantw. Redakteur); Steffi Grünewald, Jürgen Siewert (Redakteure); Maria Dickhoff, Dr. Wolfgang Höcker, Dr. Karl-Wilhelm Hoake, Dr. Hans-Joachim Heintze, Dr. Günter Katsch, Dr. Roland Milow, Dr. Jochen Scherowig, Dieter Schmickel, Dr. Karin Schröder, Prof. Dr. Wolfgang Weller, Siegfried Wöllf.

Anschrift der Redaktion: 7010 Leipzig, Roterstr. 9-10, Postfach 920, Tel.-Nr. 719 74 591/4 60.

Setz- und Druck: IZ-Druckerei „Marx-Engels-Denkmal“ III 15 138 Leipzig. Veröffentlicht unter Lizenznummer 55 des Rates des Bezirkes Leipzig. Bankkonto 5622-32-359 000.

Erscheinet 15 Mal jährlich, 27. Jahrgang erscheint wöchentlich. Die Redaktion ist Träger der Ehrenmedaille der KMU und der DSF-Ehrenmedaille in Gold.



Entstehung der Republikverfassungen nach Lenins Lehren

die Beseitigung der Mannigfaltigkeit, nicht die Aufhebung der nationalen Unterschiede, sondern eine solche Anwendung der grundlegenden „Prinzipien“ des Kommunismus (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), bei der diese Prinzipien im einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden.“(2)

Die historische Bedeutung der ersten Sowjetverfassung der RSFSR schätzte W. I. Lenin hoch ein, indem er z. B. bemerkte, daß „die Sowjetverfassung, die ebenso wie die Sowjets in einer Periode des revolutionären Kampfes geschaffen wurde, die erste Verfassung ist, die die Macht der Werktätigen als Staatsmacht proklamiert und den Ausbeutern, den Gegnern des Aufbaues eines neuen Lebens, die Rechte entzogen hat.“(3)

Die konkret-historische Situation entwickelte sich so, daß im Oktober 1918 nach der RSFSR die Verfassung der Turkestanischen Autonomen Republik entstand, und sie war, wie bereits die erste Sowjetverfassung, „nicht nach irgendeinem Plan ausgearbeitet, nicht in Amtsstuben verfaßt und den Werktätigen durch bürgerliche Juristen aufgedrängt worden“, sondern „erwuchs aus dem Entwicklungsgang des Klassenkampfes, in dem Maße, wie die Klassengegensätze heranreiften.“(4)

Neben bestimmten Vorzügen hatte sie auch einige Unzulänglichkeiten, wie z. B. die außerordentliche Erweiterung der Rechte der Staatsorgane dieser Republik, die einer Autonomie nicht entsprachen.

In den Jahren 1919-1920 wurde im Ergebnis des Kampfes für die Festigung der Rechtmäßigkeit, der Stärkung der Zentralisation und gegen lokale Engstirnigkeit in Turkestan 1920 eine neue Verfassung bestätigt. Damit wurden die Unzulänglichkeiten des vorherigen Grundgesetzes beseitigt.

Nach der Annullierung des Bröster Friedens entstanden auch in den westlichen Gebieten Sowjetrepubliken mit entsprechenden eigenen Verfassungen. Zuerst nahm dort Sowjetland eine Verfassung an. Das war die textlich kürzeste unter den ersten Sowjetverfassungen mit insgesamt nur 31 Artikeln, die hauptsächlich die Struktur der Staatsorgane und das Wahlsystem reglementierten.

Im Februar 1919 folgte die Annahme der Belorussischen Verfassung. Auch dieses Gesetz war sehr kurz, beinhaltete aber im

selbstverhältnis mit den Organen der Föderation.

Damit war in einem nur relativ kurzen historischen Zeitraum - von 1918-1922 - eine Vielzahl von Verfassungen einzelner sozialistischer Republiken geschaffen. Sie konnten deshalb so schnell erarbeitet werden, weil es bereits die Verfassung der RSFSR als Grundlage und Ausgangspunkt gab. Das Leninsche Prinzip, wonach die Einheit im Grundlegenden, im Wichtigsten, im Wesentlichen nicht gestört, sondern gesichert wird durch die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten, der lokalen Besonderheiten der Methoden des Herangehens an die Dinge(5) fand seine Bestätigung.

Die ersten Verfassungen der sowjetischen sozialistischen Republiken wiesen viele übereinstimmende Züge in wesentlichen Punkten auf. Das erklärt sich daraus, daß gleichartige Staaten mit sozialistischer Ordnung in einer gleichen historischen Situation zu Beginn der neuen historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Verfassung annahm.

Es gab aber auch Unterschiede, die aus den konkreten Umständen bei der Annahme der Verfassungen und der rechtlichen Natur der einzelnen Republiken resultierten. Was den Inhalt betraf, wurden in allen Verfassungen die Errungenschaften der Oktoberrevolution verankert und die Aufgaben fixiert, die es noch zu lösen galt. In der Verfassung der RSFSR hieß es diesbezüglich: „Die Hauptaufgabe der für den gegenwärtigen Augenblick des Übergangs bestimmten Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaften.“

Diese Formulierungen wurde in die Verfassungen Belorusslands, Aserbaidschans und auch Turkestans (1920) vollständig übernommen. Im Lettischen Grundgesetz war sie nicht enthalten, dafür gab es einen allgemeinen Verweis auf die Verfassung der RSFSR.

Quellenangaben: (1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1960, S. 79. (2) W. I. Lenin ebenda, S. 79. (3) W. I. Lenin, Bd. 27, S. 566. (4) W. I. Lenin, Bd. 28, S. 301. (5) Vgl. W. I. Lenin, Bd. 26, S. 412.

(Der Beitrag wird fortgesetzt.) ALEXANDER MARTSCHENKO Sektion Rechtswissenschaft